

russischen politologija zurück. Und wie die erfrischend harsche Selbstkritik der Repräsentantin der rumänischen Politologie im Band deutlich macht, stellen auch NATO- und EU-Beitritts-perspektive sowie -vollzug keine Garantie für eine qualitativ hochwertige politikwissenschaftliche Forschung im betreffenden Land dar. Zwar gibt es zweifelsohne eine Art Kovariation zwischen politischer und politikwissenschaftlicher Entwicklung in Osteuropa. Offenbar handelt es sich hier jedoch teils um Scheinkorrelationen. Das heißt, es liegt eine dritte Variable bzw. Variablenkonfiguration vor, welche sowohl die Politikgestaltung als auch die Politikwissenschaft im jeweiligen Staat beeinflusst und damit Interaktionen suggeriert, die so gar nicht vorliegen. Letzteres ist jedoch eher eine Weiterführung als eine Kritik am exzellenten Einführungsbeitrag von *Eisfeld* und *Pal*. Darüber hinaus muss betont werden, dass der beeindruckende Band – trotz der ausgeführten Kritik – unter anderem aufgrund seiner enormen geographischen Spannweite enzyklopädischen Charakter trägt. Er kann sowohl Bildungs- als auch Osteuropaforschern zur Lektüre empfohlen werden und dürfte sich zu einer Standardreferenz in künftigen Reflektionen zu den osteuropäischen Politikwissenschaften entwickeln.

Andreas Umland

Forster, Susanne. *Freiheitsbeschränkungen für Mutmaßliche Terroristen. Eine Analyse der Terrorismusgesetzgebung des Vereinigten Königreichs*. Berlin. Duncker & Humblot 2009. 341 Seiten. 31 €.

Gemeinhin gilt in Deutschland das Vereinigte Königreich immer noch als

Mutterland der Freiheit. Doch spätestens mit den unter der Labour-Regierung von Tony Blair beschlossenen Anti-Terror-Gesetzen hat dieses Bild ernsthafte Risse bekommen. Dabei wird aus deutscher Perspektive zumeist das Thema Videoüberwachung in britischen Großstädten diskutiert; andere Aspekte der Anti-Terrorismus-Politik im Vereinigten Königreich sind dagegen selten Gegenstand umfangreicher Analysen.

Hier setzt die rechtswissenschaftliche Dissertation von *Susanne Forster* an, deren Ziel es ist, die umfangreichen und zahlreichen britischen Anti-Terror-Gesetze vorzustellen und vor allem hinsichtlich ihrer freiheitsbeschränkenden Wirkung zu analysieren. Hierzu wird auch eine grundlegende Einführung in die Besonderheiten des britischen Rechtssystems gegeben (32ff), um dem deutschen Leser Unterschiede im Gerichtsverfahren sowie im Umgang mit Verdächtigen verständlich zu machen.

Neben dieser kurzen Einführung wird im ersten Kapitel der Arbeit vor allem die Entwicklung der Anti-Terror-Gesetze des Vereinigten Königreiches dargestellt, beginnend mit den Ursprüngen in den 1920er Jahren im Nordirland-Konflikt (5ff) bis hin zum Höhepunkt dieser Auseinandersetzung in den 1970er und 1980er Jahren. Hierbei geht *Forster* ausführlich auf die damaligen Verurteilungen Großbritanniens durch den EGMR für seine Anti-Terror-Gesetze und deren Folgen für die britische Innenpolitik ein (9f). Der zweite Teil dieses Kapitels widmet sich dem Zustandekommen der jüngeren Anti-Terror-Gesetze vor allem seit dem 11. September 2001 (16ff). Die Vorstellung erfolgt hierbei ausführlich und wird ergänzt durch Auszüge aus den

entsprechenden Gesetzen sowie durch Informationen zu innenpolitischen Diskussion im Verlauf der jeweiligen Gesetzgebungsverfahren.

Im zweiten Kapitel der Untersuchung werden die bis dahin hinsichtlich ihres Entstehens vorgestellten Gesetze unter dem Gesichtspunkt ihrer freiheitsbeschränkenden Wirkung untersucht (120ff). Hierzu werden die verschiedenen Verfahren und Regelungen der Freiheitsbeschneidung detailliert dargestellt und ihre Anwendungsmöglichkeiten erläutert. Insbesondere auf die verschiedenen Arten der Inhaftierung und des Polizeigewahrsam sowie auf die (mit den im deutschen Rechtssystem existierenden Maßnahmen nur schwer zu vergleichenden) so genannten Kontrollverfügungen (164ff) geht *Forster* an dieser Stelle ein.

Erst im dritten Kapitel erfolgt die eigentliche Analyse der aktuellen britischen Anti-Terror-Gesetze. Hierzu werden die existierenden Normen sowohl hinsichtlich ihrer Vereinbarkeit mit den britischen Grundrechten als auch mit den entsprechenden Regelungen der EMRK (212ff) geprüft. Die gründliche und systematische Untersuchung kommt zum Schluss, dass zahlreiche Regeln zumindest unter dem Aspekt der Freiheitsbeschneidung als problematisch zu bewerten sind. Im Zentrum der Kritik stehen vor allem die schon erwähnten Kontrollverfügungen, da diese einerseits den britischen Strafverfolgungsbehörden sehr weit reichende Möglichkeiten der Freiheitsbeschränkung für Terror-Verdächtige geben, andererseits die Verfahrensrechte der hiervon Betroffenen deutlich schwächer als in einem regulären Strafprozess sind.

Das vierte und letzte Kapitel enthält rechtsvergleichende Gedanken zu aktu-

ellen deutschen Anti-Terror-Gesetzen (302ff). In aller Kürze wird auf die hierzulande seit dem 11. September 2001 ergriffenen Maßnahmen eingegangen und diese – soweit möglich – mit Maßnahmen im Vereinigten Königreich verglichen. Im Ergebnis meint *Forster*, dass es zwischen britischer und deutscher Anti-Terror-Politik vor allem unter Einbeziehung des Ausländerrechts in Deutschland mehr Gemeinsamkeiten gibt, als man zunächst vermuten würde (322).

Die Studie von *Susanne Forster* zeichnet sich durch eine sehr ausführliche und gründliche Darstellung des Gegenstandes aus. Sämtliche Normen des Vereinigten Königreiches, die im Kontext der Bekämpfung des nationalen und internationalen Terrorismus stehen, werden bedacht. Hierbei gibt *Forster* dem Leser auch die Möglichkeit zum eigenen Urteil, da sie an passenden Stellen die relevanten Gesetzespassagen ausführlich zitiert. Allerdings gelingt nicht immer der Spagat, den Leser umfangreich und detailliert zu informieren, nicht aber zugleich mit der Fülle an relevanten Informationen zu überfordern. Zudem entsteht bisweilen der Eindruck, dass in der Menge der gelieferten Informationen eine gewisse Redundanz enthalten ist. So wird – um nur ein Beispiel anzuführen – bei der Prüfung der Einhaltung des Rechts auf ein faires Verfahren nach Art. 6 EMRK zunächst auf mehreren Seiten das Problem dargelegt (258ff), um im späteren Verlauf der Analyse zum gleichen Thema eine (erneute) „Einführung in die Problematik“ (287f) zu geben. Insbesondere die Kapitel zwei und drei der Arbeit erwecken durch derartige Doppelungen den Eindruck, unnötig lang geraten zu sein. Das Fazit der Arbeit (324ff) ist auch

vor diesem Hintergrund mit drei knappen Seiten deutlich zu kurz.

Weiterhin fällt auf, dass *Forster* ihre begrifflichen Grundlagen nur unzureichend klärt. Dem in wissenschaftlichen Debatten umstrittenen Problems der Definition von Terrorismus widmet *Forster* beispielsweise sechs Seiten (25ff) – verweist hierbei aber nur auf die in britischen Gesetzen zu findende Definition, ohne diese einzuordnen. Auch eine Klärung oder Diskussion des Begriffes Freiheit findet sich lediglich ansatzweise in zitierten Urteilspassagen, eine eigenständige Auseinandersetzung hierzu vermisst der kritische Leser. Neben diesen fehlenden Begriffsdefinitionen werden auch juristische Fachbegriffe nicht immer einheitlich verwendet. So wird beispielsweise die Festnahme mit anschließendem Polizeigewahrsam zuweilen *Detention without charge*, an anderer Stelle aber auch *Detention without trial* genannt (250ff), ohne näher zu erläutern, wofür diese sprachliche Unterscheidung nötig ist. Schlussendlich wäre aus politikwissenschaftlicher Sicht vorteilhaft gewesen, wenn sich die Autorin an den passenden Stellen etwas ausführlicher mit den zugrunde liegenden rechts- und vor allem politikwissenschaftlichen Theorien beschäftigt hätte.

Diese Schwächen sind jedoch nur kleine Einschränkungen einer ansonsten soliden rechtswissenschaftlichen Arbeit. Für die Politikwissenschaft stellt die vorliegende Untersuchung vor allem bei weitergehenden Arbeiten zur Anti-Terror-Politik des Vereinigten Königreiches, aber auch zum britischen Rechtssystem ein vielfältiges Reservoir mit umfangreichen Informationen und Verweisen dar.

Torsten Preuß

Hensell, Stephan. *Die Willkür des Staates. Herrschaft und Verwaltung in Osteuropa*. Wiesbaden. VS Verlag 2009. 256 Seiten. 39,90 €.

Wer des Mehltaus der defekten Demokratisierungsliteratur überdrüssig ist, wird *Hensells* Buch zunächst wie einen frischen Espresso begrüßen. Statt zu verkünden, wie theoriewidrig sich „defekte“ postsozialistische Staaten verhalten, ist *Hensell* an den tatsächlichen Herrschaftspraktiken interessiert. Die im Jahre 2008 an der HU Berlin abgeschlossene Dissertation richtet ihr Augenmerk auf die Erblasten des sozialistischen Staates und die Operationsweise des spät- bzw. postsozialistischen Regierens. *Hensell* begründet sein Thema mit der defizitären Analyse des bürokratischen Staates, den merklichen Disproportionen bei der Auswahl osteuropäischer Untersuchungsfälle und der „mangelnden Historizität“ von Transformationsforschung. Er ordnet seine Arbeit in die alt-neuen Diskussionen zu „moderner Staatlichkeit“ ein und identifiziert sich als Vertreter der „Pfadabhängigkeit“. Über „den“ postsozialistischen Staat wirft *Hensell* das von Max Weber und Pierre Bourdieu geknüpfte Begriffsnetz. Etwa die Hälfte des Buches besteht so aus einer Rekapitulation von Webers Aussagen zum patrimonialen Staat und zur personalisierten Herrschaft sowie aus Bourdieus Trifolium aus „Feld“, „Kapital“ und „Habitus“. Der sozialistische Patrimonialismus zeichnete sich laut *Hensell* durch mangelnde Trennung öffentlicher und privater Sphären, Personalisierung und Klientelismus aus. Obschon eine Form der Modernisierung, gelang es dem Sozialismus *Hensell* zufolge nicht, die traditionelle Beziehungen zu überwinden – mit hybriden Herrschaftsformen als Folge.